

# **Hilfsprojekt für ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter**

## **Die aktuelle Situation und Perspektiven für die kommenden Jahre**

### **1. Zur Lage ehemaliger ZwangsarbeiterInnen in Wolgograd heute**

In Wolgograd leben derzeit etwa 750 unseren Partnern dort namentlich bekannte ehemalige ZwangsarbeiterInnen. Für fast alle gilt, dass sie nur ein sehr niedriges Einkommen haben. Ihre Rente liegt im Schnitt bei 6.000 Rubel (entspricht ca. 150 € bei etwa gleicher Kaufkraft wie in Deutschland). Manche können nur überleben, weil sie von ihren Kindern unterstützt werden. Dieses Schicksal teilen sie mit vielen RentnerInnen in Russland. Für die ehemaligen ZwangsarbeiterInnen kommt jedoch hinzu, dass sie nach ihrer Rückkehr aus der Zwangsarbeit als „Verräter“ empfangen und zum Teil noch jahrzehntlang beruflich massiv benachteiligt wurden.

Das Angebot im Bereich der medizinischen Versorgung und der ambulanten Pflege für Menschen mit geringem Einkommen ist in Wolgograd - wie auch allgemein in Russland - bei weitem nicht ausreichend. Dies gilt ebenso für den Bereich organisierter Dienstleistungen für Menschen, die aufgrund ihres Alters und damit einhergehender Krankheiten nicht mehr in der Lage sind, ihren Haushalt ohne fremde Hilfe zu führen. In Zahlen: Für etwa 400.000 alte Menschen in der Stadt, davon ca. 13.000 über 80 Jahre alt, gibt es nur 8 Sozialstationen und 8 weitere Einrichtungen. Hinzu kommen massive Defizite in der Qualifikation des dort beschäftigten Personals.

Von diesen Problemen betroffen ist auch die überwiegende Mehrzahl der heute noch in Wolgograd lebenden ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter: Zum einen wegen des hohen Alters, das sie inzwischen erreicht haben, und der damit einhergehenden Zunahme chronischer Krankheiten, zum anderen wegen ihres sehr geringen Einkommens.

Im Krieg zur Zwangsarbeit verschleppt worden zu sein, das war in Russland jahrzehntelang ein Makel. Manche haben dies deshalb nicht einmal ihren eigenen Kindern erzählt. Eine offizielle Rehabilitierung zumindest derer, die zum Zeitpunkt ihrer Verschleppung noch minderjährig waren, ist erst vor wenigen Jahren erfolgt.

Umso bedeutsamer für die Betroffenen ist es deshalb, dass 2009 in Wolgograd ein Buch erschien mit dem Titel „Dorogoj pamjati i skorbi („Auf dem Weg der Erinnerung und der Trauer“), das dem 20jährigen Bestehen der Vereinigung ehemaliger ZwangsarbeiterInnen und KZ-Häftlinge gewidmet ist und das mit einem Grußwort des Gouverneurs des Wolgograder Gebiets beginnt. Eine der Autorinnen dieses Buches ist Galina Sazhina, Vorsitzende der Wolgograder Sektion der Vereinigung und ehrenamtliche „Supervisorin“ unseres Hilfsdienstes. Das Erscheinen des Buches ist ein kleiner Lichtblick für die Betroffenen - anders als die aktuelle politische Linie in Moskau.

## **2. Derzeitige Leistungen des Hilfsprojekts**

Seit nunmehr acht Jahren unterstützen wir mit dem Projekt „ambulanter Hilfs- und Pflegedienst für ehemalige ZwangsarbeiterInnen in Wolgograd“ gezielt und effektiv diejenigen unter den ehemaligen ZwangsarbeiterInnen, die am meisten einer solchen Hilfe bedürfen. Dies waren in den vergangenen Jahren stets zwischen 200 und 300 Personen. Zwar nimmt die Zahl der insgesamt noch in Wolgograd lebenden ehemaligen ZwangsarbeiterInnen kontinuierlich ab; im vergangenen Jahr sind etwa 50 von ihnen verstorben. Die Zahl der akut Pflege- und Betreuungsbedürftigen blieb in den vergangenen Jahren jedoch relativ konstant, und auch für die kommenden 2 bis 3 Jahre ist ein Rückgang dieser Zahl nicht zu erwarten.

Das Spektrum der Hilfsangebote umfasst: Medizinische Beratung, individuelle Hilfe durch eine Sozialbetreuerin und einen ehrenamtlichen Besuchsdienst. Im Projekt ist ein Arzt beschäftigt, der regelmäßig Hausbesuche durchführt. Eine kontinuierliche Betreuung und – wo nötig – Pflege geschieht durch sechs Sozialbetreuerinnen, die jeweils für einen oder zwei Stadtbezirke zuständig sind. Sie bieten sehr unterschiedliche Hilfeleistungen an:

- Besorgung von Medikamenten und Hygienemitteln
- Kontaktaufnahme mit Ärzten
- Einkauf von Lebensmitteln
- Putzen / Aufräumen der Wohnung
- Erledigung von Mietangelegenheiten
- Begleitung zu Ärzten, Ämtern und anderen Organisationen
- Besorgung und Finanzierung von medizinischen Hilfsmitteln
- Organisation von Reparatur- und Renovierungsarbeiten
- Waschen der Wäsche
- psychologische Begleitung
- Spaziergänge
- regelmäßige Besuche während eines Krankenhausaufenthaltes

Im ehrenamtlichen Besuchsdienst sind gegenwärtig neun Frauen freiwillig tätig, die selbst von Zwangsarbeit in Deutschland betroffen waren; eine zehnte Freiwillige, die mehrere Jahre im Besuchsdienst mitgearbeitet hat, ist im vergangenen Jahr verstorben.

Hauptaufgaben des ehrenamtlichen Besuchsdienstes sind:

- Erweiterung sozialer Kontakte, besonders bei Bettlägerigen
- kleinere Besorgungen
- Beobachtung des Gesundheitszustandes
- ggf. Meldung von Notfällen und größeren gesundheitlichen Problemen an die Projektkoordinatorin

Durch den ehrenamtlichen Besuchsdienst sind auch diejenigen ehemaligen ZwangsarbeiterInnen in das Projekt eingebunden, die aktuell keine professionelle Betreuung oder Pflege benötigen.

Von besonderer Bedeutung für die weitere Qualifizierung des Projekts war die Durchführung einer mehrtägigen Fortbildung für die hauptberuflichen MitarbeiterInnen und die ehrenamtliche „Supervisorin“ im März 2009 in Köln. Schwerpunkt der Fortbildung war der Umgang mit alten Menschen, die eine Traumatisierung durch NS-Verfolgung erlitten haben. Außerdem ging es um die Reflektion der eigenen Rolle als hauptberufliche Mitarbeiterin bzw. hauptberuflicher Mitarbeiter und um Möglichkeiten, den Einsatz ehrenamtlicher MitarbeiterInnen zu organisieren und zu begleiten. Diese Fortbildung wurde von allen TeilnehmerInnen als sehr hilfreich und gewinnbringend für die Arbeit vor Ort bewertet.

### **3. Unser Vorhaben für die Jahre 2011 bis 2013**

Unser Ziel für die kommenden Jahre ist es, das in den vergangenen acht Jahren erreichte Niveau der Betreuung aufrecht zu erhalten und auch weiterhin den jeweils individuellen Bedürfnissen der hilfs- und pflegebedürftigen ehemaligen ZwangsarbeiterInnen anzupassen. Dabei wird die enge Zusammenarbeit unseres Projektpartners mit der ehrenamtlichen „Supervisorin“, der Vorsitzenden der Wolgograder Sektion der ehemaligen ZwangsarbeiterInnen und KZ-Inhaftierten, auch weiterhin eine zentrale Rolle spielen.

Zielgruppe des Hilfsprojekts sind auch weiterhin ausschließlich ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. Pro Jahr sollen zwischen 200 und 300 Menschen Hilfeleistungen durch die hauptberuflich im Projekt beschäftigten MitarbeiterInnen erhalten. Hinzu kommen noch etwa 150 Personen, die ausschließlich ehrenamtlich betreut werden.

Die Aufnahme in die professionelle Betreuung erfolgt nach folgenden Kriterien:

- Ist die Person bettlägerig oder stark gehbehindert und ohne fremde Hilfe an die Wohnung gebunden?
- Lebt sie allein oder in einer besonders ungünstigen familiären Situation (z.B. in einer Wohnung mit einem alkoholabhängigen Schwiegersohn)?
- Ist sie besonders alt?
- Ist ihre Rente besonders niedrig?

Die im Projekt angebotenen Hilfeleistungen umfassen:

- medizinische Beratung
- Hilfe durch eine Sozialbetreuerin
- Besuche durch Ehrenamtliche

Alle ehemaligen ZwangsarbeiterInnen, die dies wünschen, können eine kostenlose medizinische Beratung durch den im Projekt beschäftigten Arzt erhalten. Außerdem erfolgen Hausbesuche des Arztes aufgrund eines entsprechenden Hinweises einer der Sozialbetreuerinnen oder eines Mitglieds des ehrenamtlichen Besuchsdienstes. Bei schweren chronischen Erkrankungen finden diese Hausbesuche regelmäßig und ohne besondere Anforderung statt.

Auf der Grundlage der ärztlichen Empfehlungen bei einem solchen Hausbesuch werden - soweit erforderlich - weitere Maßnahmen eingeleitet. Dies kann die Heranziehung eines Facharztes sein, aber auch die Einweisung in ein Krankenhaus. In der Zeit nach einem Klinikaufenthalt werden die Patienten verstärkt beobachtet.

Die von den Sozialbetreuerinnen vor allem angebotenen Hilfen wurden schon im Abschnitt 2 (Derzeitige Leistungen des Hilfsprojekts) beschrieben. In einigen Fällen kann es auch sinnvoll sein, die Verlegung eines Telefonanschlusses zu organisieren und zu finanzieren, damit die Klienten im Notfall überhaupt jemanden erreichen können.

Welche Hilfen im Einzelfall von den Sozialbetreuerinnen geleistet werden, wird jeweils auf der Grundlage einer individuellen Diagnose festgelegt. So ist gewährleistet, dass die Hilfen wirklich zielgenau geplant werden und die relativ geringe Zahl der Betreuerinnen dennoch einer großen Zahl von Klienten helfen kann.

Dank der Verzahnung des Angebots - medizinische Beratung, professionelle Betreuung und ehrenamtlicher Besuchsdienst - ist es möglich, bei relativ geringem Mitteleinsatz den am stärksten hilfsbedürftigen ehemaligen ZwangsarbeiterInnen eine würdevolle Betreuung und Pflege zu gewährleisten. Alle vom Staat und der Gesellschaft insgesamt zur Verfügung gestellten medizinischen und sonstigen Angebote werden genutzt, bestehende Lücken aber von den MitarbeiterInnen im Projekt gezielt geschlossen.

#### **4. Zur Finanzierung**

Seit September 2007 beteiligt sich die Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ) an der Finanzierung des Hilfsprojekts. Nach Einschätzung der Stiftung ist das – ursprünglich ja ausschließlich im Auftrag des Rates der Stadt Köln entwickelte Projekt – in seiner Art einmalig in der gesamten russischen Föderation und ein zukunftsweisendes Beispiel für Städte auch in anderen Teilen des Landes. Auf der Grundlage dieser Bewertung hat die Stiftung EVZ ihren Förderanteil (bisher 50.000 € für drei Jahre) noch einmal deutlich auf 64.210 € für die kommenden drei Jahre erhöht. Durch diese von der Stiftung zusätzlich bereit gestellten Mittel ist es uns möglich, alle Kostensteigerungen, die zunächst durch die positive wirtschaftliche Entwicklung in Russland, dann aber auch durch die weltweite Wirtschaftskrise hervorgerufen wurden, aufzufangen, ohne Abstriche am Umfang und an der Qualität der angebotenen Hilfen machen zu müssen. Der schriftliche Bescheid der Stiftung über den genannten Betrag von 64.210 € liegt uns seit kurzem vor.

Die von uns kalkulierten Gesamtkosten des Projekts für die nächsten drei Jahre betragen 94.210 €. Den größeren Teil dieser Summe machen die Personalkosten für die Projektkoordinatorin, den Buchhalter, den Arzt und sechs Sozialarbeiterinnen aus, die mit insgesamt 56.160 € angesetzt sind. Diese Kosten sind zu 100 % in der Fördersumme der Stiftung EVZ enthalten.

Hinzu kommen folgende Sachkosten:

Medizinische Hilfsmittel	9.900,00 €
Medikamente	8.900,00 €
Fahrten der MitarbeiterInnen zu den betreuten Personen	4.800,00 €
Verwaltung (Büromaterial, Kommunikation, Bankgebühren) in Wolgograd	2.100,00 €
Anteilige Miete für das Projektbüro	4.500,00 €
Aufwandsentschädigung für Ehrenamtliche im Besuchsdienst	1.800,00 €
Jährliche Prüfung aller Einnahmen und Ausgaben durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer	1.650,00 €
Herausgabe einer Dokumentation zum 10jährigen Bestehen des Projekts (2012)	1.500,00 €
Fachveranstaltung zum Thema „Ambulante Pflege“ (ebenfalls 2012)	2.500,00 €
Projektbetreuung in Köln (Büromaterial, Kommunikation, Bankgebühren)	400,00 €
<u>Sachkosten insgesamt</u>	<u>38.050,00 €</u>

Von dieser Summe ist ein Anteil von 8.050 € durch die Förderzusage der Stiftung EVZ gedeckt, so dass ein in Köln aufzubringender Eigenanteil von insgesamt 30.000 € verbleibt, was wiederum einer Förderung in der bisherigen Höhe von 10.000 € pro Jahr entspricht. Unsere Bitte, diesen Betrag aus Haushaltsmitteln der Stadt Köln zur Verfügung zu stellen, haben wir bereits an mehreren Stellen mündlich und in meinem Schreiben vom 17.06.2010 auch schriftlich vorgetragen.

## 5. Perspektiven über das Jahr 2013 hinaus

Vor einigen Monaten haben wir der Stadtverwaltung in Wolgograd den Vorschlag unterbreitet, sich an dem Projekt zu beteiligen, und zwar dergestalt, dass die Stadt Wolgograd finanzielle Mittel bereit stellt für zusätzliches Personal und zusätzliche Sachmittel, damit außer der bisherigen Zielgruppe der ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter auch anderen hilfsbedürftigen alten Menschen eine entsprechende Unterstützung angeboten werden kann. Dabei ist klar, dass eine solche Ausweitung nicht zu Lasten der Betreuungsangebote für die bisherige Zielgruppe der ehemaligen ZwangsarbeiterInnen gehen darf. Details zu unserem Vorschlag enthält das schon erwähnte Schreiben vom 17.06.2010. Mit der Stiftung EVZ ist dieser Vorschlag abgesprochen, und die Stiftung würde eine entsprechende Weiterentwicklung des Projekts begrüßen.

Die Wolgograder Stadtverwaltung hat zu dieser Frage Gesprächsbereitschaft signalisiert und mit internen Recherchen bei bestehenden Gesundheitseinrichtungen begonnen. Eine Zu- oder Absage zu unserem Vorschlag liegt aus Wolgograd aber bis heute nicht vor. Und es ist auch in nächster Zeit nicht damit zu rechnen, dass eine solche Entscheidung dort getroffen wird. Denn zur Zeit läuft in der Stadt eine wohl aus der Partei „Jedinaja Rossija“ heraus gestartete

Kampagne mit der Forderung nach einem Rücktritt des derzeitigen Oberbürgermeisters Roman Grebennikov, die – zumindest faktisch – auch von Premierminister Wladimir Putin unterstützt wird und gute Aussichten auf Erfolg hat. Und da niemand weiß, wer in diesem Falle gemeinsam mit dem Oberbürgermeister sein jetziges Amt verlieren wird, werden Entscheidungen, die nicht absolut dringend sind, zur Zeit gerne vertagt.

Sollte sich die Stadt Wolgograd zu einer Beteiligung an unserem Projekt entschließen und damit eine allmähliche Ausweitung des Hilfsdienstes ermöglichen, so könnte sich daraus für die jetzt im Projekt beschäftigten MitarbeiterInnen eine längerfristige berufliche Perspektive ergeben. Es ist damit zu rechnen, dass in einem solchen Fall auch die Stiftung EVZ nicht ganz aus der Finanzierung des Hilfsdienstes aussteigen wird, so dass auch in einem dann allgemeinen Hilfs- und Pflegedienst die Gruppe der ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter Hilfsangebote wird bekommen können.

Sollte sich die Stadt Wolgograd gegen eine Beteiligung am Hilfsdienst entscheiden, so bestünde eine – wenn auch nicht große – Chance noch darin, bis zur Beendigung der Förderung durch die Stadt Köln einen weiteren Partner in Deutschland zu finden, der zur Übernahme einer Teilfinanzierung bereit ist. Und für den Fall, dass auch das nicht gelingt, werden wir das Projekt zum 31.12.2013 geordnet beenden.

Köln, 10. September 2010

Werner Völker